

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch

Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde

Band: 96 (1976)

Rubrik: Zürcher Chronik : vom 1. April 1974 bis 31. März 1975

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Chronik

vom 1. April 1974 bis 31. März 1975

(Redaktion)

April 1974

1. Der Kantonsrat diskutiert den regierungsrätlichen Bericht zur Motion des Ustermer Freisinnigen Hochuli über Siedlungspolitik und Regionalplanung. Mit der Motion war der Regierungsrat ersucht worden, Erstrebtes und Erreichtes darzulegen sowie Konzeption, Chancen und Mittel zur weiteren Planung zu erläutern.
Der Regierungsrat will weiter am ursprünglichen Konzept «echte Regionen und Regionalzentren» festhalten, obschon dieses Leitbild bis anhin der Verwirklichung nicht näher gebracht werden konnte.
In einer neuen Motion wird die Regierung beauftragt, ein Leitbild über die Entwicklung des Kantons und ein darauf beruhendes Konzept der Raumordnung auszuarbeiten. Die Raumordnungspolitik soll in ihren Grundzügen in der Verfassung verankert werden.
2. Wie Baudirektor A. Günthard an einer Pressekonferenz ausführt, hat der Kanton einen «Lufthygiene-Messwagen» in Betrieb gesetzt. Damit sollen die Vorschriften über die Feuerungsabgase kontrolliert werden.
6. Heute demonstrieren auf der Zürcher Rathausbrücke Mitglieder des Zürcher Schachverbandes dem Publikum auf friedliche Weise ihr anspruchvolles Spiel auf grossen Feldern unter offenem Himmel.
8. Der in die Schweiz (Zürich) emigrierte sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn dankt in einer öffentlichen Erklärung für die zahllosen Sympathiekundgebungen aus aller Welt. Besonders hebt er die freundschaftliche Wärme der Stadt Zürich und ihrer Einwohner hervor.—Der Zürcher Kantonsrat lässt sich auf dem Areal des Flughafens Kloten über die laufende dritte Ausbauetappe sowie über zukünftige Entwicklungen dieses international wichtigen Flughafens orientieren.
11. Stadtpräsident S. Widmer erläutert an einer Pressekonferenz einige Einzelheiten über die vom 18. April bis 5. Mai vorgesehene Aktion «Zürich in Europa — Europa in Zürich». Das generelle Thema laute «Belebung der Innenstadt», wobei die Bevölkerung in über 150 Sonderveranstaltungen über die europäischen Länder informiert werden soll, wo immer möglich unter aktiver Mitbeteiligung dieser Länder.
Die Grenzen und Länder Europas werden mit Farbe auf die Stadt projiziert; die in den einzelnen Ländern liegenden Stadtteile und -quartiere amten dabei gleichsam als Gastgeber für die entsprechenden Staaten.

18. Polizeidirektor Jakob Stucki und Stadtrat Hans Frick orientieren über die geplante mobile Abgas-Kontrolle an Motorfahrzeugen auf Kantons- und Stadtgebiet, mit der die gesetzlichen Vorschriften bezüglich Kohlenmonoxyd-Wert bei solchen Abgasen durchgesetzt werden sollen.
19. Die Zürichseegemeinde Oberrieden betreibt Ortsplanung unter Mitwirkung der Bevölkerung. Ein erster Zwischenbericht über den Stand der Ortsplanung, die ein privates Büro in Zusammenarbeit mit einer 43köpfigen Kommission durchführt, wurde in Form einer Ausstellung publik gemacht. Die Planer nahmen hier mit offenen Ohren Kritik und Vorschläge entgegen; Schüleraufsätze, wie Oberrieden im Jahr 2000 aussehen soll, belebten die Szene. Die heute 3900 Einwohner zählende Gemeinde will ein Dorf bleiben und plant für 6000 Einwohner bis zum Jahr 2000
- 21./22. Bei vorwiegend schönem Wetter geht in Zürich das Sechseläuten über die Szene. Der Kinderumzug vom Sonntag bringt die Gruppen «Mittelalter, Renaissance, Barock, Régence, Rokoko und Directoire, Empire, Biedermeier». Am grossen Umzug vom Montag nimmt auch Bundespräsident Brugger teil, vor grosser Publikumskulisse. Ziemlich genau um 18 Uhr beginnt der Bögg zu brennen.
24. Der 1856 gegründete Verein zürcherischer Gemeinderatsschreiber und Verwaltungsbeamter orientiert an seiner Jahresversammlung in Eglisau über seine breitgestreuten Bemühungen bezüglich Lehrlingsausbildung, Fachausbildung, Personal- und Führungsschulung, Verbesserung der Verwaltungsorganisation und der Arbeitstechnik.
Zusammenarbeit mit Bezirks- und Kantonsbehörden zählen weiter zu den Zielsetzungen des Vereins.
Alt Regierungsrat Dr. h.c. Rudolf Meier liess in einem tiefgründigen geistvollen Referat «politische Bewegungen und Persönlichkeiten im Zürcher Unterland» auferstehen.
29. Der Kantonsrat genehmigt einen Kredit aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke in der Höhe von 3,2 Millionen Franken zum Erwerb, Umbau und zur Renovation des Schlosses Schwandegg in Waltalingen. Es sollen hier eine Jugendherberge und eine Gaststätte eingerichtet werden.
Umstritten erweist sich vor dem Rat die Motion des LdU-Vertreters Wegmann auf Schaffung eines zweckgebundenen Fonds zur Bereitstellung von Geldmitteln für den Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs. Der Fonds soll durch jährliche Einlagen gespiesen werden, die den Aufwendungen des Staates für den Strassenbau entsprechen.
Der Rat folgt Regierungspräsident Künzi, den Vorstoss lediglich als Postulat entgegenzunehmen.

Mai 1974

4. Die zweiwöchige Veranstaltung «Zürich in Europa — Europa in Zürich» findet im Fraumünster ihren festlichen Abschluss. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, hielt die Ansprache und bezeichnete die

Aktion als eine der originellsten Ideen, mit denen der Europa-Gedanke populär gemacht wurde. Er schloss mit den Worten: «Anlass für diesen Europa-Tag ist die Gründung des Europarates vor 25 Jahren, dem nicht alle europäischen Länder beitreten konnten. Wir sollten bei unseren Bemühungen um das kleine Europa dieses grosse Europa nicht ausser acht lassen. Sie haben ganz Europa nach Zürich eingeladen und damit Weitblick und Zuversicht gezeigt. Es wäre schön, wenn beides für die Zukunft beispielgebend sein könnte».

6. Mit 143 Stimmen wird Willi Walker (Landesring) zum neuen Präsidenten des Kantonsrates gewählt. Zum Abschluss seines Präsidialjahres mahnte Ulrich Bremi seine Ratskollegen an die Verpflichtung zum Beschluss, die die zürcherische Verfassung dem Rat auferlegt, eine Verpflichtung, die mit Entschiedenheit wahrzunehmen ist, wenn das Parlament nicht zur reinen Kontrollinstanz degradiert werden und zur allgemeinen Unsicherheit beitragen will. Man müsse auch in unserem Kanton von den Forderungen nach aussen zu jenen nach innen gelangen; die Sicherheit der nächsten Generation bestimme sich an der Leistung, die wir uns selbst abfordern.
10. Heute wird im Beisein einer grossen Zahl prominenter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die ETH Hönggerberg eingeweiht. Bundesrat Hürlimann weist darauf hin, dass wir uns heute an einem Wendepunkt befinden; die Fortschritts euphorie der 60er Jahre ist vorbei, im Rahmen einer Forschungspolitik sind Ziele und Prioritäten festzusetzen und die begrenzten Mittel optimal zu nutzen.
16. Baudirektor A. Günthard und Volkswirtschaftsdirektor H. Künzi legen den Grundstein der vom Strickhof nach Eschikon/Lindau zu verlegenden Landwirtschaftlichen Schule. Im Industriekanton Zürich wird nahezu die Hälfte der Gesamtfläche, nämlich 86 000 Hektaren, von rund 9000 Bauern, davon 6000 hauptberuflichen, landwirtschaftlich genutzt. Diese Zahl dürfte sich mit der Zeit auf 76 000 Hektaren reduzieren. Wie Regierungsrat Künzi weiter ausführt, wäre die zürcherische Landwirtschaft dank ihrer Vielseitigkeit imstande, die Kantonsbevölkerung auf breiter Basis zu ernähren. Der seit 1853 bestehende Strickhof ist die älteste landwirtschaftliche Bildungsstätte in der Schweiz. Das unserer Zeit angepasste Projekt in Eschikon wird die dringend notwendige Aus- und Weiterbildung des gewichtigen Bauernstandes gewährleisten.
19. Das Heilpädagogische Seminar feiert sein 50jähriges Bestehen. Gegenwärtig besuchen 150 Studenten das HPS. In zweijährigem Studium bereiten sich hier seminaristisch Vorgeschulte auf die Sonderschulung schwieriger Kinder (Lernbehinderte, Geistigbehinderte, Verhaltengestörte) oder auf die Ausübung der Logopädie und psychomotorischen Therapie vor. Seit einiger Zeit absolvieren am HPS laufend auch etwa hundert Lehrer und Lehrerinnen die sogenannte berufsbegleitende Ausbildung. Ideal wäre allerdings, wenn auch diese Lehrkräfte das zweijährige HPS-Studium abschliessen könnten.
20. Dieser Tage wird die alte gedeckte Holzbrücke, die man schon im April an der Strasse Winterthur-Pfungen sorgfältig abgebrochen hat, in der Nähe des

Reitplatzes (Winterthur) neu aufgebaut. Sie dient hier noch dem Werkverkehr der Winterthurer Forstverwaltung über die Töss.

23. Unlängst trafen sich die Delegierten der Sektion des Allgemeinen Schweizerischen Jagdschutzvereins im Meierhof Horgen.
Die Hege des jagdbaren Wildes ist heute ohne die Pflege der Lebensräume nicht mehr denkbar. Die bisher stark isolierte Jägerschaft will deshalb in Verbindung zu entsprechenden Organisationen treten.
Junge Wildbiologen der Arbeitsgruppe für Wildforschung an der Universität Zürich haben die wissenschaftliche Untersuchung eines in Auftrag gegebenen Hasenforschungsprojektes übernommen. Als erstes Resultat steht fest, dass auch in unserem Kanton die Hasendichte mit der zunehmenden Dichte des Strassennetzes abnimmt. Die Aufsplitterung zusammenhängender Gebiete durch Verkehrswege stört beispielsweise das Sozialverhalten der Tiere.
24. Die neun Mehrfamilienhäuser (54 Wohnungen) und 54 Einfamilienhäuser der Stadt und der Siedlungsgenossenschaft Vitasana auf dem rund 17 500 Quadratmeter messenden Areal Glattwiesen-/Winterthurer-/Luchswiesenstrasse / Am Luchsengraben / Schulhaus Luchswiesen in Zürich-Schwamendingen sollen etappenweise abgebrochen werden — obwohl es sich um Nachkriegsbauten handelt. Die vorgesehene Neuüberbauung bringt eine wesentlich höhere Ausnutzung, ganz im Sinne der gegen die Entvölkerung der Stadt gerichteten Politik.
25. Dieser Tage werden im Winterthurer Stadthaus die im Auftrag der Regierung gebauten Modelle der sieben alten Zürcher Landstädtchen Bülach, Egolzwil, Elgg, Greifensee, Grüningen, Kyburg und Regensberg gezeigt.
Anlass zum Bau dieser Modelle war der um 1960 einsetzende Bauboom, der auch die alten Ortskerne nicht verschonte, sowie eine entsprechende Motion von Kantonsrat Walter Diggelmann aus dem Jahre 1965.
26. Bei strahlendem Wetter weißen über dieses Wochenende die Regensdorfer ihr neues Zentrum ein, ein Zentrum, das vor allem als Ort der Begegnung und des Gesprächs verstanden werden soll.
Nebst Ladengeschäften an einer attraktiven Einkaufsstrasse und einem Hotel findet sich hier ein Hallenbad sowie der 1000 Personen fassende Gemeindesaal.
31. Auf heute abend haben Regierungsrat und Stadtrat von Zürich zur Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Junifestwoche in den Grossen Tonhalle-saal eingeladen.
Stadtpräsident Widmer bekannte sich zu einem Programm, das zwar elastisch gegenüber allem Neuen und Andersartigen bleibe, aber sich nicht durch die geschraubten Ansprüche soziologischer Modeterminologie beirren lasse. Man erstrebe im übrigen keine Konkurrenz zu den grossen Musikfestwochen wie jenen in Salzburg oder Bayreuth, sondern wolle den eigenen Kultur-instituten Gelegenheit geben, ihre Leistungen konzentriert vorzuzeigen. Die Festwochen sollen kein Reservat für privilegierte Hörer und Zuschauer sein: dieses Jahr offeriert jedes Institut mindestens eine Gratisveranstaltung. Bundesrat Hürlimann betonte die Notwendigkeit für Zürich, seine wirt-

schaftlichen und wissenschaftlichen Unternehmungen durch künstlerische Aktivität zu ergänzen.

Juni 1974

4. An einer Pressekonferenz erläutert der Direktor des Innern, Regierungsrat Bachmann, der Presse das dem Kantonsrat unterbreitete neue Gesetz über die Gebäudeversicherung.

Die Gebäudeversicherungsanstalt, bei der alle Gebäude im Kanton obligatorisch gegen Feuer- und Elementarschäden zu versichern sind, erfasst zurzeit 205 000 Gebäude mit einem Versicherungswert von insgesamt 100 Milliarden Franken. Die Prämieneinnahmen belaufen sich jährlich auf rund 50 Millionen Franken.

Als wesentlichster Punkt des neuen Gesetzes gilt die Neuwert- statt der bisher üblichen Zeitwertversicherung. Die Bauzeitversicherung — bisher fakultativ — wird obligatorisch.

7. Wie die kantonale Denkmalpflege mitteilt, soll die Konservierung des Burgturmes der Ruine Freienstein 1975 in Angriff genommen werden, dies nachdem die Gemeinde Freienstein deswegen schon 1965 bei der Regierung vorstellig geworden ist.

Diese wohl im 13. Jahrhundert erbaute Anlage wurde 1443 niedergebrannt und die entsprechende Gerichtsherrschaft mit derjenigen Teufens vereint.

11. In der Eröffnungsrede zur diesjährigen Kirchensynode kam Präsident W. Furrer auf den Raubbau der Natur unserer hochindustrialisierten Gesellschaft zu sprechen. Hier könne die Kirche erzieherisch wirken: Abkehr vom herrschenden üppigen Lebensstil als Grundvollzug christlichen Lebens.

12. Vor dem Verband Zürcher Handelsfirmen sprach Gastreferent E. Cincera vor illustrem Publikum zum Thema «Jugend und Gesellschaft im Spannungsfeld des politischen Extremismus». Erklärtes Ziel der rund 400 unter kommunistischem Einfluss stehenden Organisationen unseres Landes sei: Zerstörung der herrschenden Gesellschaftsordnung, Abschaffung der Parlamente und des Privateigentums, Ablehnung der heute in der Demokratie geltenden Spielregeln, Zerstörung der Institutionen Kirche, Schule, Armee, Polizei, Familie, Parteien, Wirtschaft. Dieses Ziel soll möglichst getarnt erreicht werden. Der Referent ruft die Zuhörer auf, den Erscheinungsformen der Subversion im Kleide der Opposition vermehrte Beachtung zu schenken und sich als Bürger mit Informationen über linksextreme Ideologien auseinanderzusetzen.

13. Der Erziehungsdirektor, Dr. A. Gilgen, empfiehlt anlässlich der Einweihung der Hochschulsportanlage auf der Allmend Fluntern den Theologen, sich in Stabhochsprung zu üben, um dem Himmel etwas näher zu kommen. Am gelösten Eröffnungsfest trainierten sich die Regierungsräte auch im Volkstanz.

17. Sieben Wasserleitungsbrüche innert 1½ Stunden in den Kreisen 6 und 7 in Zürich haben zu grossen Sachschäden und Überschwemmungen der Strassen

geführt. Sechs Millionen Liter Wasser sind verloren gegangen. An der Ottikerstrasse war der Druck einer Wasserfontäne derart stark, dass ein Auto spielend in die Luft gehoben wurde. Später versank das Fahrzeug im Wasserloch, das sich an jener Stelle gebildet hatte.

18. Ein Viertel von 830 Stellungspflichtigen des Kantons Zürich, die dieses Jahr von der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli befragt wurden, sind mit Drogen in Kontakt gekommen, darunter auch mit LSD und Heroin. Rund die Hälfte der 830 Befragten sind Raucher; der grösste Teil davon raucht regelmässig. Über die Hälfte der 19jährigen Burschen haben bereits Alkoholräusche hinter sich. —

An der Feier zum hundertjährigen Bestehen der Bundesverfassung an der ETH begrüsst Rektor Zollinger als Ehrengast alt Bundesrat Wahlen und Vertreter des Stadt- und Regierungsrates von Zürich sowie Exponenten einer Reihe schweizerischer Hochschulen und einer weiteren Öffentlichkeit. Prof. Neidhart von der Universität Zürich wies nach einem Referat von Prof. Bergier (ETH) darauf hin, dass sich die Ereignisse jener Jahre als einen Vorgang verstehen lassen, durch den die Leistungsfähigkeit des damaligen schweizerischen Regierungssystems dem steigenden gesellschaftlichen Problemlösungsbedarf angepasst wurde, der sich aus der einsetzenden Industrialisierung ergeben hatte. Genau darin verberge sich die Daueraufgabe einer jeden gesellschaftlichen Gemeinschaft: «Sie stellte sich anno 1848 und 1874, und sie stellt sich noch auf einem Niveau gesteigerter Kompliziertheit wiederum bei den Versuchen einer Verfassungsrevision von heute».

20. Die Stadtpolizei Zürich hat in den letzten Monaten 86 Personen festgenommen, die mit wenigen Ausnahmen alle schwer drogenabhängig sind. 33 der Ermittelten handelten mit harten Drogen wie Morphin, Heroin und Opium, 35 konsumierten diesen harten «Stoff», 11 beschränkten sich auf Haschisch, 19 führten die Drogen illegal aus Amsterdam in die Schweiz ein.
23. Anlässlich der Einweihung des neuen Gemeindehauses in Fällanden sprach auch Bundespräsident Brugger. Im Mittelpunkt seines Besuches stand die Enthüllung eines Denkmals zu Ehren von alt Bundesrat Albert Meyer, der in Fällanden aufwuchs und hier Ehrenbürger wurde. Von 1929 bis 1938 amtierte er in schwerer Zeit in der Landesregierung. Brugger warnte davor, in der heute ebenfalls schwieriger werdenden Zeit sich in den privaten Kreis zurückzuziehen. Der Bürger müsse vermehrt staatsbürgerliche Substanz zeigen. Nach Brugger liegt die Bedeutung des Gemeindeföderalismus darin, dass die Gemeinde in einer Zeit der Anonymität dem einzelnen Halt geben kann.
25. Die Gemeinde Stäfa kauft dieser Tage den Katzentobelweiher in Uerikon, womit sie einen vorbildlichen Beitrag zum Natur- und Heimatschutz leistet.
27. Der alte Raddampfer «Stadt Zürich» soll für 200 000 Franken revidiert werden. Damit kann nach der «Stadt Rapperswil» ein zweites solches Schiff auf dem Zürichsee erhalten bleiben — sehr zur Freude des Publikums.
30. Über das Wochenende lehnten die Stimmberechtigten des Kantons mit aller Deutlichkeit die sozialdemokratische Reichtumssteuer-Initiative ab (213 961

Nein gegen 75 374 Ja). Zustimmung hingegen fand der Gegenvorschlag der Regierung mit 194 002 gegen 89 387 Stimmen. Mit ihm wird ein gemässigter sozialer Ausgleich erreicht. Ebenfalls keine Gnade fand die sozialdemokratische Initiative zur Erhaltung von Wohnraum, sie wurde mit 137 611 Ja gegen 142 733 Nein verworfen. Wieder fand der Gegenvorschlag der Regierung Zustimmung: mit 172 963 Ja gegen 100 403 Nein. Ohne starre Zwangsregelung können damit die Gemeinden ihr Gebiet oder Teile davon Gesetzesbestimmungen unterstellen, die den Abbruch, den Umbau oder die Zweckänderungen von Wohnungen für Familien als bewilligungspflichtig erklären. Schliesslich wurde auch eine dritte Volksinitiative (Abschaffung der Eigenwirtschaftlichkeit) abgelehnt, mit 164 605 Nein gegen 85 090 Ja. Damit sind die Progressiven Organisationen mit ihren Ideen von Gratistram, Gratisstrom usw. nicht ans Ziel gelangt; der Stimmbürger hat die steuerinflatorische Defizitwirtschaft öffentlicher Werke deutlich abgelehnt.

Zwiespältig erscheint die Annahme eines dritten Volksbegehrens über die Bekämpfung der Jugendkriminalität (143 723 Ja gegen 129 527 Nein). Diese von Linkskreisen getragene Initiative sieht unter anderem eine Liberalisierung im Strafvollzug Jugendlicher vor, mit der Möglichkeit des Beizugs freigewählter Rechtsvertreter (auch nichtjuristischer) und der teilweisen Selbstverwaltung der Anstalten durch die Eingewiesenen. Ob dies dem wahren Willen des Volkes entspricht, kann füglich bezweifelt werden; jedenfalls ist es den Initianten vorläufig gelungen, durch doppelbödiges Vorgehen ihr Ziel zu erreichen.

Ohne Schwierigkeiten passierten weitere drei Vorlagen: die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung, die Änderung des Kinderzulagengesetzes sowie ein 90-Millionen-Kredit für das Heizkraftwerk Aubrugg (Zürich). Mit dieser Anlage kann eine grössere Region mit Fernwärme versorgt werden, ein wichtiges Postulat von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit im Energiesektor.

Zahlreich waren auch die Abstimmungen in der Stadt Zürich. So wurde der Neubau eines neuen Jugendzentrums Drahtschmidli hoch verworfen, ebenso ein Projektierungskredit für die Quaibrücke und zwei Motionen (Seepark und Sportzentrum Kreis 12). Hingegen fanden die Berufsschule III, das Alterswohnheim Langgrün, das Primarschulhaus Grünaу sowie drei Vorlagen zur Gesundung des städtischen Gaswerkes Zustimmung.

Juli 1974

1. An der Generalversammlung der Planungsgruppe Zürcher Oberland äusserte dieser Tage der Zürcher Stadtpräsident einige kritische Gedanken zur Planung, die sich heute vielerorts als Religionsersatz anbiete. Der weitverbreitete Glaube an die Machbarkeit der Zukunft übersieht vielfach, dass in unserer Demokratie mit ihrer breiten Willensbildung Planung nicht einfach «gemacht» werden kann. Als wichtigste Faktoren, die heute auf die Planung einwirken, seien Wachstumsfeindlichkeit und zunehmende Wirtschaftsfeindlichkeit zu nennen. Die dadurch bedingten Atempausen hält S. Widmer als gesund und richtig. Schliesslich müsse sich der Mensch aber darüber klar werden, dass sein Glück nicht von der Planung abhänge, sondern in ihm selbst ruhe. — Auf seiner traditionellen Reise in die Heimat seines Präsiden-

ten besuchte der Bundesrat das Landesmuseum, überflog dann in vier Heli-koptern das Kantonsgebiet, um auf dem Bachtel zu landen. Dann folgte nach einem Fussmarsch ein Besuch im Ritterhaus Bubikon und eine Besichtigung des interkantonalen Technikums Rapperswil. In einem Landgasthof endete der Tag zu Ehren von Bundespräsident Brugger mit kollegialer Geselligkeit.

3. Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens hat dieser Tage die «Junge Wirtschaftskammer» ein Seminar mit dem Thema «Zürich — seine Zukunft in der Schweiz und in Europa» durchgeführt.

Einmal mehr weist Stadtpräsident Sigmund Widmer auf die Abkehr vom Wachstum hin. Der Planungsbericht Jürgensen bezeichnete er als einen Versuch aufzuzeigen, wie die Stadt in einer Krisenzeite überleben kann. Generaldirektor M. Steiner (Gebrüder Sulzer) hob hingegen die kraftvolle Stellung der Stadt in der Schweiz und in Europa hervor. Zürich trage mit seiner gesamtschweizerischen Zentrumsfunktion eine grosse Verantwortung.

14. Wie der Presse zu entnehmen ist, hat der im Herbst 1973 durch die Bauplanungskommission Greifensee ausgeschriebene Wettbewerb «Greifensee 2000» viele neue Ideen und Denkanstösse aus allen Kreisen der Bevölkerung gebracht. Es gingen 13 meist von Gruppen erarbeitete Gesamtplanungen und 7 Einzelideen ein. Von den 412 000 Quadratmetern Baugebiet sind zurzeit allerdings schon 80% bebaut, die Schulhäuser hat man schon geplant oder fertigerstellt, und auch die Seelandschaft und das historische Städtchen begrenzen den Planungsspielraum. Es geht so mehr darum, eine im Rohbau fertig erstellte Gemeinde weiter zu formen.
15. Auf dem Waffenplatz Zürich rücken 285 Füsilerrekruten zur Sommer-RS ein. Es ist ein markanter Stilwandel gegenüber früher zu konstatieren: Das Hauptgewicht liegt sowohl am Einrückungstag selbst als auch während einer «Einführungswöche» auf der Information der jungen Wehrmänner, die damit «positiv motiviert» werden sollen. Oberst Meyer ist der Ansicht, die Rekruten seien grösstenteils guten Willens oder liessen sich überzeugen. Auf Agitation reagiere man «angemessen dosiert», kenne aber keine Milde bei eindeutigen Strafbeständen.
20. Die Stadt Zürich wird dieser Tage von 3000 und mehr Arbeit suchenden Studenten (vor allem Aegyptern) überflutet. Falsche Informationen in ihren Heimatländern liessen Tausende solcher junger Männer hoffen, im gelobten Land Schweiz gutbezahlte Arbeit zu finden. Doch nur ein geringer Prozentsatz lässt sich unterbringen. Hunderte der Araber nächtigen bloss aller Mittel in der Bahnhof-Passage Shopville, andere in Notlagern in städtischen Turnhallen.
24. Rund 200 Uniformpolizisten und 120 Kripobeamte der Zürcher Stadtpolizei räumen in den frühen Morgenstunden die von 80 Personen besetzten Hegibachhäuser, nachdem die vom Stadtrat den Okkupanten gesetzte Frist, bis 16 Uhr am 23. Juli die Häuser zu verlassen, unbeachtet blieb. Die Hegibachhäuser werden schon seit 11 Monaten widerrechtlich von gewissen Elementen bewohnt, zum Teil extremen Leuten, die für die Erhaltung des Wohnraumes in Zürich zu kämpfen vorgeben. (Die Hegibachhäuser sollen abgerissen werden und einem Bürogebäude Platz machen). In einem

Durcheinander von Lärm, Lautsprechern, Feuer, Wasser, schmierigen Flüssigkeiten, Tränengas, Schlagstöcken, Wurfkörpern usw. gelang es den Polizeibeamten durch besonnenes Vorgehen, den Widerstand zu brechen, und zwar innert 1½ Stunden, von 0515–0645 Uhr. Bezeichnenderweise fanden die Besetzer nicht den erhofften Widerhall in der Bevölkerung, obwohl auch sie bezüglich Verdrängung von Wohnraum «sensibilisiert» ist.

- 28./29. In der Nacht vom Sonntag auf den Montag wurde auf die Büroräumlichkeiten der Mobag-Zentralverwaltung an der Forchstrasse 395 in Zürich ein Brandanschlag verübt, der eine halbe Million Franken Sachschaden brachte. Der Mobag, Generalunternehmerin und Immobilienfirma, gehörten auch die Hegibachhäuser, die am 24. Juli gewaltsam geräumt werden mussten und die in der Zwischenzeit bereits abgebrochen wurden. Ein Racheakt aus den Besetzerkreisen scheint wahrscheinlich, auch eine anonyme «Pressemitteilung» bringt die Räumung der Hegibachhäuser in direkten Zusammenhang mit der Mobag. Hier wird von einer Bestrafung der Mobag für ihre «mieterfeindliche Politik» gesprochen.

August 1974

1. Bei strahlendem Wetter und hochsommerlicher Hitze findet in der Stadt Zürich eine würdige Bundesfeier statt. Morgens um 7 Uhr schießt eine 7,5 cm Feldkanone aus dem Jahre 1906 beim Kolbenhof den Tag mit 22 Schüssen ein, für jeden Kanton einen. Um halb elf setzt sich ein Festumzug in Bewegung, in dem besonders die 13 blauweissen Majoretten Gefallen finden. Die offizielle Festansprache in den prächtig geschmückten Stadthausanlagen wird von Bundespräsident Brugger gehalten. Er stellt sich als «Heimwehzürcher» vor und erinnert dann ernster an seine erste Bundesfeierrede im Kriegsjahr 1941. Der damalige Aufruf, die Schweiz als persönliche Aufgabe zu verstehen, gilt nach wie vor. Weiter wendet sich der Bundespräsident gegen die um sich greifende Wirtschaftsfeindlichkeit, gegen den Leistungsverzicht und warnt vor einem zerstörerischen Freiheitsverständnis.
3. Nach ausländischem Vorbild testen die stadtzürcherischen Stellen die Eignung von Kehrichtschlacke für den Straßenbau. Damit könnte beträchtlich an Deponieplatz gespart werden, der immer knapper wird. Die Versuche an der Hagenholzstrasse sind ermutigend.
14. In der Stadt Zürich werden feierlich die «Wochen des Tieres» eröffnet. Eine Reihe von Ausstellungen verschiedener Museen, Institute, Bibliotheken übernimmt dieses Motto.
In seiner Ansprache äussert alt Zoodirektor Heinrich Hediger, der international anerkannte Verhaltensforscher, kritische Worte zum Thema «Mensch und Tier heute». Die Ausbeutung des Tieres hat in den letzten hundert Jahren unverantwortliche Formen angenommen. In seiner Überheblichkeit und Selbstüberschätzung teilt der Mensch die Tiere in «Schädlinge» und «Nützlinge» ein, ein Vorgehen, das jeder biologischen Erkenntnis widerspricht. Mit für die gesamte Umwelt verderblichen Giften versucht man den «Schädlingen» beizukommen. Die Verschmutzung des Menschen hat bereits die

Weltmeere erreicht. Viele Tierarten sind von der Ausrottung bedroht. Wenn diese Wochen des Tieres die Menschen zu zwingen vermögen, ihr Verhältnis zum Tier neu zu überdenken, ist schon viel gewonnen.

16. Der Gemeinderat von Urdorf hat den am Dorfrand gelegenen Bollweiher unter Naturschutz gestellt. Der Weiher gilt als einer der letzten Nassstandorte für Frösche und Kröten in der Region.
23. Heute vor 50 Jahren nahm die «Radio-Station Zürich» in zwei Räumen im 4. Stock des Amtshauses IV in Zürich ihren Betrieb auf. Über die «provisorische Wellenlänge 650 Meter» gingen Eröffnungsansprachen von Bundesrat Haab und zürcherischer Behördenvertreter in den Äther, ausgestrahlt von der Antenne auf dem Hönggerberg.
24. Heute wird die Gemeinschaftskläranlage Birmensdorf nach rund einjährigem provisorischen Betrieb eingeweiht. Sie ist für 23 000 Einwohner-Gleichwerte gebaut und dient für die Reppischtaler Gemeinden Aesch, Birmensdorf, Bonstetten, Stallikon, Uitikon und Wetzwil.
27. In sonderbarer Umgebung findet heute die 173. Sitzung des Kantonsrates statt: Auf dem geplanten Waffenplatz Reppischtal können sich die Parlamentarier zwischen 18.30 und 22.00 Uhr anlässlich einer grossangelegten Nachschiss-Übung der Zürcher Rekrutenschule mit eigenen Ohren von den geringen Lärmimmissionen für die umliegende Wohnbevölkerung überzeugen.
31. Heute beginnen im Fraumünster zwei Feiern: Die Weihe der Kirche vor 1100 Jahren und der Übergang des Damenstiftes vor 450 Jahren an den Rat von Zürich (Reformation, Säkularisation). Die beiden Festansprachen entsprechen dem doppelten Jubiläum. Der Kirchenhistoriker Fritz Büsser würdigte die Geschichte und Bedeutung des Stiftes als religiöse Institution (auch nach der Reformation blieb das Fraumünster PredigtKirche besonderer Prägung); Regierungsrat Hans Künzi, früherer Präsident der Kirchgemeinde Fraumünster, beleuchtet das Verhältnis von Kirche und Staat allgemein. Er weist aber auch auf ein stadtpolitisches Problem hin: die grossen Kirchen in der entvölkerten Altstadt. Hier muss nach Lösungen gesucht werden.

September 1974

2. In Zürich tagt das 5. Internationale Forum für Psychoanalyse. 400 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland beleuchten Fragen zum Thema «Individuum – Familie – Gesellschaft zwischen Zwang und Freiheit». — Der 38jährige Stadtpolizeikorporal Erich Häusler, durch einen jungen Mann, der Parkuhren aufgebrochen hat, niedergeschossen, wurde heute zu Grabe getragen. Der Öffentlichkeit wird einmal mehr bewusst, dass die Polizei ihre Tätigkeit vor dem Hintergrund einer zunehmenden Rücksichtslosigkeit und Brutalität ausüben muss.
3. Der Gemeinderat von Bäretswil hat unter formeller Umgehung von Bauordnung und Zonenplan einem Industriebetrieb zur Herstellung von Tuben

die Genehmigung erteilt, ein neues Fabrikgebäude zu erstellen. Die Gemeinde «am Schattenhang der Konjunktur» will sich damit 15 Arbeitsplätze und einen guten Steuerzahler erhalten.

4. Der Stadtrat spricht den Literaturpreis der Stadt Zürich dem Journalisten und Schriftsteller Erwin Jaeckle zu. — In Zürich gastiert bis zum 25. September wieder einmal der traditionsreiche Zirkus Sarrasani.
6. Das Komitee Schweiz-80 spricht sich an seiner Jahresversammlung deutlich gegen die dritte Überfremdungsinitiative aus und unterstützt die auf sachlichen und menschlichen Erwägungen beruhende Stabilisierungspolitik des Bundesrates. Die Initiative zwingt den Schweizer jedoch, sich mit den Problemen: Wohnungsnot, unbalancierter Wohnungsmarkt, Teuerung, Konzentration in den Ballungszentren, Immissionen, Lärm, Gestank, Umweltverschmutzung, zunehmende Kriminalität, Bevölkerungszunahme, wachsende Mobilität bei gleichzeitiger Entwurzelung, überexpansives Wirtschaftswachstum, Gefahr einer Rezession, Sicherheit der Arbeitsplätze, Infrastrukturen vielfältigster Art, auseinanderzusetzen.
7. Schon am Samstag erreichten acht Buben der Jahrgänge 1958/60 am diesjährigen Knabenschiessen im Albisgütl die stolze Zahl von 34 Trefferpunkten. Ein gewaltiger Gabentisch belohnt die glücklicheren Schützen reichlich. Schützenkönig sollte am Montag der 15jährige Rudolf Morf aus Schlieren werden.
9. Die im Mai verstorbene Martha Bruppacher-Steiner hat zur Verwirklichung kirchlicher Alterswerke in Fluntern und Hottingen vier Millionen Franken ausgesetzt. — Im Juli nahm die städtische Bevölkerung um 1119 Personen ab. Mit 404 969 Einwohnern zählt die Stadt 1,5% weniger Leute als vor Jahresfrist. Ein Ende der Entvölkerung ist nicht abzusehen.
10. 700 «Ehemalige» sind in der Reithalle Gessnerallee am dem durch die Stadt organisierten Veteranentag erschienen und haben alte Erinnerungen an die Mobilmachung vom 3. August 1914 und den darauf folgenden Aktivdienst wachgerufen.
11. Die Zürcherische Vereinigung für Heimatschutz und der Zürcherische Naturschutzbund fordern einen sofortigen als Denkpause gedachten Stopp im Strassenbau. Unsere heutigen Mobilitätsansprüche seien im ganzen zu gross und führten zu einer immer massiveren Beeinträchtigung und Zerstörung des Lebensraumes. Bescheidung und Reduktion jeder Art von Mobilität sei für ein künftiges Überleben in unserem Kanton notwendig.
12. Eine Grosskontrolle von Stadtpolizei Winterthur, Kantons- und Heeresspolizei erfasst in der Nacht auf heute 4600 motorisierte Fahrzeuge. 11% der Fahrzeuge mussten beanstandet werden.
13. Im Zuge eines tiefgreifenden Umstrukturierungsprozesses und einer gewissen Rezession hat in letzter Zeit auch die Steinzeugfabrik in Embrach ihre Tore geschlossen. Die 50 Arbeiter finden genügend Arbeitsplätze.

16. Kantonsrat Walter Frey hat seinen Austritt aus der Fraktion der Nationalen Aktion bekannt gegeben. Die im Oktober zur Abstimmung gelangende Initiative dieser Bewegung, die einen gewaltsamen Abbau der in der Schweiz lebenden Ausländer fordert, hat tiefe Risse in den eigenen Reihen verursacht.
18. In der «Standortbestimmung 1974» des Stadtrates schlägt Stadtpräsident Widmer den Zürchern eine «Atempause» vor, während deren sich die Stadt frei von Wachstumsfeindlichkeit und -euphorie auf die Zukunft besinnen soll. Widmer weist auf die «widersprüchlichen Forderungen» der letzten Zeit hin. So stehe das Bild einer idyllischen Stadt ohne Autos und ohne Bürohäuser im Gegensatz zum Wunsch nach Sicherung der Arbeitsplätze und höheren Sozialleistungen.
19. Wie dieser Tage zu lesen ist, würde der Grad der Luftverschmutzung in der Stadt Zürich in amerikanischen Städten einen Alarm oder gar die zweite Stufe «Warnung» auslösen. Zürich weist beispielsweise den dreifachen SO₂-Wert dessen auf, was in Washington erlaubt ist.
22. Mit einer geringen Stimmabstimmung von rund 38% lehnte der Zürcher Souverän die Volksinitiative gegen das Expressstrassen-Y und ebenso den Gegenvorschlag des Kantonsrates zur Erstellung des unterirdischen Expressstrassen-I ab.
Für die Initiative stimmten 101 837, dagegen 138 227; für den Gegenvorschlag 111 128, dagegen 128 795. Die Stadt allerdings sprach sich deutlich für die Volksinitiative aus, und zwar mit 52 855 Ja gegen 42 737 Nein.
Die Ablehnung der Volksinitiative ist jedoch sicherlich nicht gleichbedeutend mit einer Unterstützung des ursprünglichen Y-Konzepts der Behörden. Nur mit viel politischem Feingefühl und vermehrter Beachtung der Umweltprobleme wird es zu einer befriedigenden Lösung kommen.
23. Der Kantonsrat beschliesst mit 75 gegen 60 Stimmen, dass die Urteilsberatung am Obergericht künftig nicht mehr öffentlich sein soll. — Die vom Umweltschützler und Journalist Franz Weber gestartete Initiative «Rettet Regensberg» ist in der Rekordzeit von nur fünf Stunden zustandegekommen. 6709 Unterschreibende protestieren damit gegen die «mutwillige Zerstörung eines Teils von Regensberg» durch den geplanten Bau einer Tiefgarage.
24. Die Quartierbevölkerung des Kreises 6 in Zürich kämpft um die Freihaltung des sog. Guggachareals, als «einer der letzten Grünflächen im Kreis». Gewerbeschulhaus-Bauten und / oder Sport- und Erholungsanlagen sollen die Familiengärten zum Verschwinden bringen.
26. Heute eröffnet die Züspa ihre 25. Ausstellung. 721 Aussteller wenden sich auf insgesamt 40 000 m² in 10 Hallen und im Freien an die Besucher, deren Zahl innerhalb der letzten zehn Jahren kontinuierlich von 172 968 auf 285 699 gestiegen ist. Am Jubiläum sprach auch der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Prof. Hans Künzi. Er beleuchtete die Stellung des Kantons zur zentralen Frage der Stabilisierung in der Marktwirtschaft.

- 27.–29. Bei wechselhaftem Wetter fand über dieses Wochenende in Zürich das Eidgenössische Trachtenfest statt. Es war ein Fest echter und lebender Folklore im wohltuenden Spannungsfeld von Stadt und Land.
30. Wenn die Überfremdungs-Initiative der Nationalen Aktion am kommenden 20. Oktober angenommen werden sollte, so müssten 109 000 der rund 205 000 Ausländer, die gegenwärtig im Kanton Zürich leben, bis Ende 1977 unser Land verlassen. Dadurch würde der Kanton 65 000 Arbeitskräfte oder rund 12% der heute im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung verlieren. Betriebsschliessungen, strukturelle Arbeitslosigkeit, verstärkter Lohn- und Preisauftrieb wären die Folgen. Dienstleistungsbetriebe wie vor allem Spitäler würden stark beeinträchtigt.

Oktober 1974

1. Dieser Tage konnte das Zivilschutz-Ausbildungszentrum Leutschenbach, das schon fast seit einem Jahr in Betrieb ist, offiziell eingeweiht werden. 8400 Zivilschutzwichtige der Stadt werden sich im kommenden Jahr hier ausbilden lassen.
3. Ohne Festlichkeiten und Formalitäten wird die Sihlhochstrasse Brunau-Sihlhölzli bei Nacht und Nebel, nämlich um 5 Uhr morgens, dem Verkehr freigegeben. Das Anbringen von Lärmschutzwänden verzögerte den Abschluss dieses siebenjährigen Bauwerkes, das das vorläufige westliche Ende der N 3 bildet, um mehrere Monate. Die Überbauung eines Teiles des Sihlraumes durch dieses Meisterwerk der Ingenieurkunst, das an sich nicht unästhetisch wirkt, wird heute als Fehlplanung betrachtet; eine Flusslandschaft wurde vernichtet und unzählige Familien haben die Nationalstrasse direkt vor der Haustür. Es wirkt wie ein Mahnmal der zu zukunftsgläubigen 60er Jahre.
- 5./6. Über dieses Wochenende sind im ganzen Kanton Tausende abgeschwächter Schwalben eingesammelt und durch die Swissair nach Süden verfrachtet worden. Die ungewöhnliche, langandauernde kühle Witterung hat den Vögeln die Nahrungsgrundlage entzogen und sie derart geschwächt, dass sie nicht mehr mit eigener Kraft in ihr Winterquartier fliegen können. Die Aktion dauert in der ganzen Schweiz fort.
7. Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates hat einen positiven und günstigen Eindruck von der Arbeit der rund 20 000 Verwaltungsfunktionäre und Lehrer gewonnen. Eine gut funktionierende Verwaltung, wie sie im Kanton zu finden ist, bildet eine wichtige Grundlage für eine gesunde Wirtschaft und Gesellschaft.
8. Der Wahlkampf für die Regierungsratswahlen vom April 1975 hat begonnen. Die Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich (ehemalige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) beschliesst im Stadthof Uster einmütig, die beiden Bisherigen, Alois Günthard und Jakob Stucki, ins Rennen steigen zu lassen. Die Kandidatur von Baudirektor Günthard ist

auch im eigenen Parteivolk auf Kritik gestossen, musste doch gerade er unpopuläre Strassenbau-Projekte im ländlichen Ober- und Weinland vertreten.

Alt Regierungsrat Dr. h.c. Rudolf Meier wies einleitend auf die stets schwieriger werdende Aufgabe des Regierens in unserer masslosen Zeit hin.

9. In einem intern ausgearbeiteten Papier der sozialdemokratischen Partei des Kantons wird dargelegt, dass die «Verkehrsplage» nicht mit verkehrstechnischen, sondern nur mit siedlungspolitischen Massnahmen zu bekämpfen sei. Die Entmischung der Bereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit, an der nur die profitierende Wirtschaft Interesse habe, führe zu einem sinnlosen Verkehrsvolumen. Erste Priorität sei den öffentlichen Verkehrsmitteln einzuräumen. Regionale Zentren sollen das Arbeitsplatzangebot in der Hauptstadt einschränken. Staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt lautet eine weitere Forderung.
20. Mit 313 405 Nein gegen 171 228 Ja ist die Überfremdungsinitiative auch im Kanton Zürich überzeugend verworfen worden. Stimmten 1970 im Kanton noch 44% der Stimmenden der damaligen Schwarzenbach-Überfremdungsinitiative zu, waren es diesmal noch ganze 35%. Stimmbeteiligung: 74%. Die städtischen Kreise 4 und 5 (Arbeiterquartier) allerdings weisen deutliche Mehrheiten an Ja-Stimmen auf, ebenso neun z.T. ausgesprochen landwirtschaftliche und kleine Gemeinden wie Thalheim, Ellikon, Bertschikon, Kappel, Hofstetten, Sternenberg.
Überdurchschnittliche Nein-Mehrheiten sind hingegen in den neuen Agglomerationen zu beobachten, aber auch in den «reichen» Gemeinden wie Zollikon oder Uitikon.
21. Heute ist im Stadthaus die Ausstellung «ExpoGe» (Kreativität im Schweizer Strafvollzug) eröffnet worden. Nach Darbietungen des Gefangenenchors spricht Justizdirektor Arthur Bachmann. Die Welt höre nicht an den Gefängnismauern auf. Das kreative Schaffen könne helfen, die Konflikte des Gefangenen zu bewältigen. «Das Ringen um die künstlerische Aussage ist — beim Künstler wie beim Straffälligen — immer zugleich ein Teil der Konfliktbewältigung, indem er seine seelische Stimmungslage oder eine innere Not zu formulieren versucht.»
26. Mit einem Festakt im Rathaus und einem Nachtessen im Kasino feiert der Historische Verein Winterthur sein 100jähriges Bestehen. Das Programm ist so zusammengestellt, dass alle das Vereinsleben seit 1874 prägenden Elemente sichtbar werden: die Pflege des historischen Bewusstseins, die antiquarische Tätigkeit des Sammelns und Bewahrens von geschichtlichen Zeugnissen und schliesslich auch die Geselligkeit.
28. Mit einem deutlichen Mehr von 127 zu 6 Stimmen beschliesst der Kantonsrat, an den Bau der Flughafenlinie der SBB einen Staatsbeitrag von 19,4 Mio. Franken zu gewähren. Indem der bestehenden Strecke Zürich–Winterthur eine nördlich ausgreifende Schleife beigefügt wird, soll es zu Beginn der achtziger Jahre möglich werden, einen Teil der Schnellzüge der West-Ost-Transversale und auch direkte Züge von und nach dem Bündnerland, in die

Innerschweiz und anderen Bestimmungsorten durch einen unterirdischen Klotener Flughafenbahnhof zu führen.

30. Der Architekt Professor Justus Dahinden schlägt dieser Tage vor, den unschönen Rampenbereich des vor der Vollendung stehenden Parkhauses Urania differenziert zu überbauen. Gedacht ist an eine gedeckte Marktstrasse, an Läden, Kleingewerbe, Freizeitbetriebe, Wohnateliers. Damit wird «die Auffüllung eines Vakuums mit städtebaulicher Substanz» angestrebt.

November 1974

1. Regierungsrat Dr. A. Bachmann, Vorsteher der Direktion des Innern, und Staatsarchivar Dr. Ulrich Helfenstein sowie Vertreter der Baudirektion stellen der Presse das neue Projekt des Staatsarchiv-Neubaus am Zeltweg vor.
Architekt E. Gisel ist es in städtebaulich und architektonisch vorbildlicher Weise gelungen, einerseits die aus den 1840er Jahren stammende Villa zum Zeltgarten in den Neubau zu integrieren und anderseits die Magazin- und Verwaltungstrakte mit Wohnungen zu durchmischen.
Das Staatsarchiv, Kulturinstitut von europäischer Geltung, hilft damit, das stark angeschlagene Quartier in der Nähe des Pfauen zu sanieren.
- 2./3. Über dieses Wochenende begeht Uster das Jubiläum des 150jährigen Bestehens seiner Kirche. Eine Ausstellung würdigt mit Originaldokumenten u.a. den Kirchen-Baumeister Johannes Volkart.
5. Finanzdirektor Mossdorf und der Chef der Finanzverwaltung, Dr. Walter Müller, geben den Staatsvoranschlag für das Jahr 1975 bekannt und nehmen Stellung zur finanzpolitischen Lage des Kantons. Gesamtausgaben von 3354 Mio. Franken stehen Einnahmen von 3102 Mio. Franken gegenüber, was einem Ausgabenüberschuss von 252 Mio. Franken entspricht.
Mit einem Ausgabenzuwachs von 12% gegenüber dem letzten Jahr werden die mit dem Bund vereinbarten Richtlinien eingehalten. Die Ausgabenvermehrung ist vor allem durch den Personalaufwand und die Subventionslast bedingt.
Im Hinblick auf das verflachende Wirtschaftswachstum und die unvermindert anhaltende Teuerung sind der Grad der Eigenfinanzierung und die Erträge zu steigern, die Konsumaufwendungen und Investitionen hingegen zu beschränken.
11. In einer Ganztagessitzung befasst sich der Kantonsrat ausschliesslich mit den Teuerungszulagen und der 13. Monatsbesoldung für das Staatspersonal. Die 13. Monatsbesoldung, von der zurzeit nicht ganz die Hälfte ausbezahlt wird, stösst vor allem bei den bürgerlichen Volksvertretern auf Widerstand. Die Debatten verraten die gewandelte wirtschaftliche Lage auch in unserem Kanton: konjunkturelle Einbrüche bei weiterer Inflation.
Schliesslich wird ein Kompromissvorschlag der Sozialdemokraten angenommen, wonach die zweite Hälfte der 13. Monatsbesoldung stufenweise im Jahr 1975 und 1976 eingeführt wird.

12. Der europäische Kongress der Freien Ungarn hat in Zürich seine Vollversammlung abgehalten. Kernpunkt der mit der Schweizerischen Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker durchgeföhrten Veranstaltung bildete ein Vortrag von Werner Kägi, der als erste Voraussetzung einer wirklichen Sicherheit in Europa die unbedingte Gewährung der Menschenrechte nannte. Die beiden Organisationen ihrerseits forderten die Menschenrechte für die 120 Millionen rechtlosen Menschen in Mittel- und Osteuropa.
13. Eine Interpellation von Gemeinderat H. U. Frei-Wohlgemuth beantwortet Stadträtin R. Pestalozzi im Zürcher Gemeinderat wie folgt:
Die vom Stadtrat in Aussicht genommenen Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Stadtluft sehen vor:
Regelmässigen Einsatz einer aus Funktionären der Stadtpolizei, des Gesundheitsinspektorates und des Strassenverkehrsamtes bestehenden Kontroll-equipe zur Überprüfung der im Verkehr stehenden privaten Motorfahrzeuge; vermehrtes Augenmerk der motorisierten Verkehrspolizei auf Fahrzeuge, die den Vorschriften nicht genügen; Ausbau der Ölfeuerungskontrolle des Gesundheitsinspektorates; Erfassung aller Luftverschmutzungsquellen und Anlegung von Katastern hierüber; Anwendung der kantonalen Vorschriften über die Verhinderung des Entstehens weiterer Immissionsquellen durch Einschränkung oder Verbot des Verbrauchs schwefelreicher Brennstoffe; Sanierungsprogramme für bestehende starke Luftverschmutzungsquellen; Erlass einer Lufthygieneverordnung; Schaffung von Wohnschutzzonen und Förderung des öffentlichen Verkehrs; Prüfung der Einföhrung einer Gelbphase bei den Verkehrsämpeln und Durchführung der Aktion «Motor abstellen»; Aufbau eines Fernheizungsnetzes.
- 14./15. Im Raum Hirschenplatz–Rosenhof findet auch dieses Jahr in Zürich wieder der Martini-Markt mit nahezu 100 Ständen statt. Es entwickelt sich eine echte Jahrmarktstimmung, und für die Belebung der Innenstadt ist mehr getan als mit den teilweise krampfhaft organisierten Anlässen anderer Art.
19. An einer Pressekonferenz erläutert der Direktor des Innern, Regierungsrat Arthur Bachmann, eine dem Kantonsrat zugeleitete Vorlage, die eine «wirksame und rationellere Mitwirkung des Stimmbürgers im Staate» zum Ziel hat. Hauptpunkte der vorgeschlagenen Änderungen der Kantonsverfassung und der einschlägigen Gesetze sind:
- die Einföhrung des fakultativen Gesetzes- und Finanzreferendums anstelle des obligatorischen;
 - die gesetzliche Verankerung der Informationspflicht von Regierung und Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit;
 - die gesetzliche Regelung des Vernehmlassungsverfahrens gesetzgeberischer Erlasse.
- Damit soll einerseits dem Leerlauf im Abstimmungsbetrieb entgegengewirkt, andererseits der Stimmbürger vermehrt zum Prozess der Meinungsbildung herangezogen werden.
22. Das «Winterthurer» Infanterieregiment 25 feiert sein 100jähriges Bestehen. Im Anschluss an den WK 74 fand auf der Schützenwiese die Fahnenabgabe im Regimentsverband statt. Regierungspräsident J. Stucki gratulierte dem

Regiment namens der Regierung. Bei allen Veränderungen, die seit 1874 eingetreten sind, sei die Aufgabe der Armee die gleiche geblieben, nämlich zusammen mit anderen Institutionen unseres Staates die Unabhängigkeit zu schützen. Es gelte zu erkennen, dass auch in unserer Zeit persönliche und materielle Leistungen im Dienste der Armee notwendig bleiben.

Im anschliessenden Festakt im Winterthurer Rathaus sprach Oskar Reck zum Thema «Militärische Tradition». Trotz atomarer Bewaffnung und Technisierung anderer Armeen besteht für unseren Kleinstaat keine Veranlassung, in der Schweiz ein militärisches Vakuum zu schaffen.

Dezember 1974

2. Im Kantonsrat wird die Frage einer Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft durch den Kanton behandelt.
Im Eventualbudget zum Voranschlag 1975 sind für etwa 61 Mio. Franken baureife Vorhaben eingesetzt, die bei ungünstiger konjunktureller Entwicklung freigegeben werden können. Eine Sperrliste enthält zudem Bauvorhaben für 80 bis 100 Mio. Franken, Vorhaben, die ebenfalls so weit bearbeitet sind, dass sie innert nützlicher Frist in Arbeit genommen werden könnten. Diese und ähnliche Diskussionen wären noch vor einem halben Jahr undenkbar gewesen.
5. Die Zürcher Ziegeleien werden auf Ende des Jahres ihren Betrieb «Tiergarten» wegen rückläufiger Nachfrage einstellen. Die Diskussion, wie das grosse Areal zu nutzen sei, läuft in der Bevölkerung, insbesondere in Wiedikon, aber auch im Stadt- und Gemeinderat auf vollen Touren.
Wahrscheinlich wird den Ziegeleien die Baubewilligung für Grossüberbautungen mit 20 000 neuen Arbeitsplätzen nicht erteilt. Die Stadt neigt dazu, das in der Industriezone liegende Areal, vorwiegend Wohnbauten vorzubehalten. Mit der entsprechenden Umzonung könnte die Wohnbevölkerung der Hauptstadt stabilisiert und ein ungezügelter Verkehr von Wiedikon ferngehalten werden.
8. Kantonale Abstimmungen über dieses Wochenende: Dem kantonalen Gewässerschutzgesetz wurde mit 252 382 Ja gegen nur 25 013 Nein zugestimmt. Deutlich wurde auch für die Aufhebung des sogenannten Jugendkriminalitätsgesetzes gestimmt, nämlich mit 155 281 Ja gegen 105 748 Nein. Dieses Gesetz wurde am 30. Juni 1974 durch die Annahme einer Volksinitiative gutgeheissen, stand aber mit einzelnen Bestimmungen im Widerspruch zur Strafprozessordnung, was zu breiten Debatten im Kantonsrat und schliesslich zur Aufhebung führte.
Weiter verwarf das Zürcher Volk einen Staatsbeitrag an die Stiftung Konser-vatorium und Musikhochschule Zürich (150 628 Nein gegen 119 555 Ja) sowie eine «Volksinitiative für ein Regionalverkehrsgesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ohne private Bereicherung» (157 555 Nein gegen 98 639 Ja).
11. Um 11.45 Uhr eröffneten Bundesrat Hans Hürlmann und Regierungsrat Alois Günthard als Teilstück der N 1 die sechsspurige Autobahn zwischen

Winterthur und Zürich. Die 13,6 km lange Strecke kostete mit ihren 58 Brückenbauwerken 330 Millionen Franken und verkürzt die Fahrzeit von Stadtgrenze zu Stadtgrenze auf 10 Minuten. —

Ein starkes Unwetter mit Schneegestöber und Donner und Blitz(!) führte heute abend zu zeitweisen Verkehrszusammenbrüchen. —

Auf Einladung der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft spricht der saudiarabische Erdölminister Scheich Yamani vor überfüllter Aula in der Universität Zürich. Der Einfluss der Ölgesellschaften werde zunehmend zurückgedrängt. Produzenten und Konsumenten treten in direkte Kontakte, und zwar auf höchster Ebene. Die Erdölländer seien an einer Zusammenarbeit mit den Industrienationen interessiert und wollen eine verantwortungsbewusste Preispolitik betreiben.

13. Die Delegiertenversammlung des Zweckverbandes Regionalplanung Winterthur und Umgebung hat einen in sechsjähriger Arbeit entstandenen Transportplan der Region in Empfang genommen. Der Plan, der weitgehend den Bezirk Winterthur einschliesst und auch Illnau-Effretikon berücksichtigt, stützt sich auf Siedlungsstrukturdaten wie Einwohner- und Arbeitsplatzverteilung und Netzbeschreibungen des öffentlichen und privaten Verkehrs. Es wurden Erhebungen bis weit über die eigentliche Regionen hinaus vorgenommen, so bis an den Bodensee, nach Schaffhausen und in die Region Zürich. Aus der Arbeit folgen bereits konkrete Vorschläge für die nächste und weitere Zukunft.
14. Mit einer ökumenischen Feierstunde durch Generalvikar H. Henny und Pfarrer H. Oetiker wird in Kilchberg nach dreieinhalbjähriger Bauzeit das Sanitätsspital eingeweiht.
1890 haben die Benediktinerinnen von Ilanz das Sanitätsspital in Zürich gegründet. Seit Beginn der 1950er Jahre genügten die Räumlichkeiten den Bedürfnissen der modernen Medizin nicht mehr. Mit einem 1969 durch das Volk gutgeheissenen Staatsbeitrag von 27 Millionen Franken konnte 1971 mit dem Neubau in Kilchberg begonnen werden. Das Spital wird durch eine Stiftung getragen und gilt auch als Ersatz für das aufgehobene Theodosianum.
16. Der Kantonsrat verabschiedet das Strassenbauprogramm für die Jahre 1975 bis 1977 mit 122 gegen 1 Stimme und genehmigt das Dreijahrprogramm für den Bau der Hochleistungsstrassen mit 101 gegen 23 Stimmen.
Die Strassenbauvorlagen sind das Resultat massiver Kürzungen und stossen deshalb nur auf geringen Widerstand im Parlament. Aber nicht nur der Engpass bei den Bundes- und Staatsfinanzen hat zu einer Reduktion der ursprünglichen Pläne geführt, es ist auch ein gewisser Gesinnungswandel festzustellen: von den euphoristischen Wunschprogrammen der 60er Jahre ist man in der Strassenplanung auf den Boden der Vernunft und der absoluten Notwendigkeit zurückgekehrt, durchaus auch im Sinne des Wechsels der Volksmeinung.
20. Im Zusammenhang mit der Eröffnung der N 1 von Winterthur nach Zürich musste die Kehrichtverbrennungsanlage Neugut (Dübendorf mit den ange schlossenen Gemeinden Wangen, Dietlikon und Wallisellen) geschlossen

werden. Bei nassem Wetter bildete der Russ eine glitschig-schmierige Schicht auf der Fahrbahn, was ein hohes Unfall-Risiko bedeutete. Der 600% zu hohe Russanteil im austretenden Rauch stellt aber auch eine nicht tolerierbare Luftverschmutzung dar.

21. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung hat der Regierungsrat in seiner Sitzung von dieser Woche beschlossen, die bis Ende 1974 befristete Begrenzung der Personalbestände der kantonalen Verwaltung auch für das Jahr 1975 weiterzuführen. Allgemeine Zielsetzung ist für die Jahre 1975 und 1976 die Stabilisierung auf die Gesamtzahl von Ende 1974. Die dringendsten Bedürfnisse, insbesondere im Bereich des Gesundheits- und Erziehungswesens, werden mit festen Kontingenzen berücksichtigt.
22. Über dieses Wochenende ist ohne besondere Feierlichkeiten das neue Hallenbad Geiselweid in Winterthur in Betrieb genommen worden. Vorausgegangen sind 20 Jahre des Suchens und Planens. Winterthur besass von 1862 bis 1916 als erste Schweizer Stadt ein Hallenbad an der Badgasse, das mit dem Bau des Freibades Geiselweid im Ersten Weltkrieg geschlossen wurde.

Januar 1975

6. In einer vor kurzem erschienenen Untersuchung über die Entwicklung der Bodenpreise des Statistischen Amtes des Kantons Zürich geht hervor, dass sich die Landpreise (Bau- und landw. Land) in unserem Kanton in den Jahren 1960–1972 durchschnittlich verdreifacht haben.
9. Kloten will in nächster Zeit seine Stadtplanung unter Mitwirkung möglichst breiter Kreise der Bevölkerung revidieren. Durch Umzonungen soll der Wohnwert der Gemeinde gesteigert werden. Wie überall im Kanton erhält auch hier in jüngster Zeit eine auf Qualität ausgerichtete Planung Vorrang vor der ungestümen Wachstumspolitik der 60er Jahre.
10. Die gemeinderätliche Kommission der Stadt Zürich zum Entwicklungsprogramm der Hauptstadt bis 1985 sieht eine Bevölkerungszunahme bis mindestens auf 410 000 Einwohner zur Verbesserung der Bevölkerungsstruktur vor (Zuzug vor allem von jungen Familien mit Kindern).
13. Wie aus dem kantonalen Rebbaukommissariat zu hören ist, wurde 1974 mit insgesamt 16 370 hl die kleinste Weinernte der letzten zehn Jahre im Kanton gekeltert. Ungünstige Witterungsbedingungen liessen den Durchschnittsertrag pro Hektare auf die Hälfte des gesegneten Vorjahres sinken, als 84 hl pro Hektar abfielen. Der Rebbau, wetterabhängig und arbeitsintensiv wie er ist, stellt für den Landwirt auch heute noch ein beträchtliches Risiko dar.
- 15./16. Auf Veranlassung von Frau Stadträtin Dr. Regula Pestalozzi ist der Chefarzt der medizinischen Klinik des Stadtspitals Triemli, Prof. Dr. U. Hämerli, in seinem Amt eingestellt worden. Die Bezirksanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Verdachts der vorsätzlichen Tötung.

Prof. Hä默li soll gelähmten, bewusstlosen Menschen, für die keine Aussicht auf Heilung bestand, die Nahrung entzogen und ihnen nur noch blosses Wasser gegeben haben.

In der Folge nimmt ein grosser Teil der Bevölkerung Stellung für den Arzt; Bürger aller Schichten unterstützen die von Prof. Hä默li geübte Praxis, Patienten ohne Bewusstsein und ohne Chance auf Heilung nicht mit allen Mitteln der ärztlichen Kunst am Leben zu erhalten. Nach Ansicht vieler handelt es sich dabei nicht um ein juristisches, sondern um ein Problem, das nur der einzelne Arzt in seiner Verantwortung lösen kann.

27. Wie das Statistische Amt der Stadt Zürich mitteilt, ist die Bevölkerungszahl der Kantonsstadt Ende Dezember auf unter 400 000 gesunken, eine Schwelle, die 1952 erstmals überschritten worden ist. Im Juli 1962 wies die Stadt mit 445 314 Einwohnern den höchsten Stand auf. — Auch in Winterthur ist seit einiger Zeit ein Bevölkerungsschwund festzustellen. —

Um die brennenden Aufgaben von Raumplanung und Umweltschutz auf Gemeindeebene wirkungsvoller zu lösen, ist von den kantonalen Instanzen ein Informations- und Instruktionsprogramm für Behördenvertreter, Fachleute und Vollzugsorgane ausgearbeitet worden; eine erste Tagung dient heute in der Aula Rämibühl einer allgemeinen Darstellung der Probleme.

Februar 1975

3. Einmal mehr muss die Zürcher Polizei in einer Betrugsaffäre grössten Stils ermitteln. Die z.T. in der Finanzunterwelt bekannten Drahtzieher der beiden Zürcher Firmen Transfinance AG und Dietmann AG haben namentlich «faule» Schuldbriefe plaziert und damit 18—20 Millionen Franken errogen. Es handelt sich lediglich um einen weiteren Fall in der langen Geschichte der Zürcher Wirtschaftskriminalität.
4. Die kantonale Baudirektion hat einen Überblick über ihre Anstrengungen zur Förderung der Lufthygiene veröffentlicht. Neben den bereits erfolgten Verschärfungen der Vorschriften betreffend den Schwefelgehalt von Heizöl und der Erstellung von Immissionsprognosen beim Bau von Grossanlagen sollen zusätzlich ein Wärmebedarfs- und ein Emmissionskataster erstellt werden. Besondere Bedeutung erhalten FernwärmeverSORGungsanlagen; ein Richtplan für die Wärmeversorgung soll überdies die vermehrte Verwendung von Elektrizität und Gas fördern.
7. Das eidgen. Departement des Innern hat das Ausführungsprojekt für den Milchbucktunnel genehmigt, der die Fortsetzung der im Bau befindlichen städtischen Nationalstrasse Aubrugg-Tierspital bildet und die Verbindung zum Limmatraum herstellt. Vorläufig wird allerdings nur eine der beiden Röhren bis zur Wasserwerkstrasse gebaut.
10. Wie Erziehungsdirektor Alfred Gilgen auf eine entsprechende Interpellation von Kantonsrat Martin Haas antwortet, besteht in Zürich zurzeit die Gefahr einer marxistischen Universität nicht. Einigen Störversuchen extremistischer Gruppen, die mit Verstößen gegen die Hausordnung bewusst Gegenmass-

nahmen der Behörden zu provozieren suchen, steht eine gegenüber früheren Jahren deutlich feststellbare Beruhigung gegenüber. Massvolle Neuerungen in Richtung der Mitbestimmung der Studierenden haben sich bewährt.

11. Zurzeit findet die grösste Massenentlassung auf dem Platze Zürich seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Wie die Firma SRO Kugellagerwerk J. Schmid-Roost AG in Oerlikon mitgeteilt hat, muss sie wegen schlechter Geschäftslage und entsprechender Produktionsverminderung ihren 930 Personen umfassenden Personalbestand um 350 Arbeitskräfte abbauen. Heute haben 100 Arbeitnehmer ihre Kündigung erhalten. Allerdings haben sich schon rund 40 Firmen im Raum Zürich für entlassene Arbeitskräfte interessiert.

13. Heute eröffnet nach 15 Jahren der Planung und Bauzeit «das grösste Einkaufszentrum vor den Toren der Stadt Zürich», das Einkaufszentrum Glatt in Wallisellen, seine Tore.

Ohne die Mieterinvestitionen hat das Zentrum 200 Millionen Franken gekostet, 70 Geschäfte wollen hier im ersten Jahr 250 Millionen Franken umsetzen. Trotz dem Überangebot von solchen Zentren in der Region Zürich gibt man sich optimistisch, wird doch in seinem Einzugsgebiet bei einer Bevölkerung von 850 000 Personen von 20% der gesamtschweizerischen Kaufkraft ausgegangen. —

Im Kalkbreitequartier der Stadt Zürich planen Behörden und Architekten eine Verdichtung städtischen Lebens mit städtebaulichem Akzent. Anstelle der bisherigen Ausnutzung von 0,7 soll eine solche von 3,0 treten. Gegen eine derartige Ausnützung wehrt sich eine durch die Sozialdemokratische Partei Zürich 4 lancierte Volksinitiative. Zwar werden die heute bestehenden «Aktienhäuser» aus dem letzten Jahrhundert ebenfalls als sanierungsbedürftig angesehen, doch wendet man sich gegen die «gigantische Ausbeutung» des Quartiers, müsste doch bei der geplanten Ausnutzung ein Manhattan entstehen. Im besonderen wird die Überbauung des Kalkbreite-Tramdepots gemäss Wohnzone A mit 145 Wohnungen gefordert.

18. Heute konferieren Shah Reza Pahlevi von Persien und der amerikanische Aussenminister Henry Kissinger im Dolder Grand Hotel über Fragen der Energiepolitik und über die Lage im Nahen Osten. 190 Kantons- und 120 Stadtpolizisten sowie 30 Diensthunde sorgten für die Sicherheit der hohen Gäste. —

Wie die kantonale Erziehungsdirektion mitteilt, kann heute bereits nicht mehr von einem Lehrermangel im Kanton gesprochen werden. Ein Engpass besteht lediglich noch an den Sonderklassen sowie den Real- und Oberschulen. Die abgeflaute Konjunktur hat den Lehrerberuf wieder begehrenswert gemacht. Die Veröffentlichung der Ergebnisse einer 1973 eingeleiteten Untersuchung über Gründe von Lehrerrücktritten kommt in dieser Beziehung reichlich spät.

22./23. Rund 150 italienische, spanische, griechische und jugoslawische Gastarbeiterinnen und -arbeiter sowie Schweizerinnen und Schweizer haben über das Wochenende Probleme der ausländischen Arbeiterin und Ehefrau diskutiert. Die Betroffenen sind sich bewusst, «als Arbeitskraft der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung schutzlos ausgeliefert zu sein». Dann wird der

Wunsch geäussert, «weniger arbeiten zu müssen, um mehr Zeit für Familie, Bildung und Kontakte zu haben».

25. Wie bekannt wird, hat der Finanzdirektor der Computerfirma Honeywell Bull AG in «Zusammenarbeit» mit mehreren Komplizen seine Firma um rund 25 Millionen Franken betrogen.
26. Die Verwaltungsrechnung 1974 der Stadt Zürich schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 24,6 Millionen Franken ab, völlig überraschend im allgemein herrschenden finanzpolitischen Klima.
Auf dem Messegelände der Züspa in Oerlikon wird die sechste internationale Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung eröffnet. Regierungspräsident Jakob Stucki bezeichnete die Renaissance des Velos als erfreulich. Baudirektor A. Günthard versprach den Besitzern von über 264 000 Fahrrädern im Kanton, die Forderung zur Schaffung eigentlicher Radwege wohlwollend zu prüfen.
27. Mit einem imposanten, 55 Minuten dauernden Vorbeimarsch des Infanterieregiments 27, des mit Fliegerabwehr verstärkten Artillerieregiments 6 und des erweiterten Panzerbataillons 23 ist heute nachmittag der diesjährige Wiederholungskurs dieser Zürcher Truppen beendet worden. Gegen zehntausend Zuschauer fanden sich am Mythenquai ein; auf der Ehrentribüne, vor der Divisionär Seethaler das Defilee abnahm, fanden sich zahlreiche Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben ein.

März 1975

1. Unter dem Vorzeichen der wirtschaftlichen Rezession (Sicherheit der Arbeitsplätze) finden sich 2000 Arbeitnehmer, zur Hälfte Fremdarbeiter, auf dem Helvetiaplatz ein, wo der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Ezio Canonica, zur Solidarität der Arbeitnehmer aufrief.
2. Mit einer Stimmabteiligung von nicht ganz 35% nahm das Zürcher Stimmvolk alle vier kantonalen Vorlagen an:
Das Gesetz über die Gebäudeversicherung mit 159 336 gegen 47 691 Stimmen, die Übernahme der Töchterschule der Stadt Zürich durch den Kanton mit 153 366 gegen 67 141 Stimmen, die Übernahme der Mädchenschule der Stadt Winterthur durch den Kanton mit 151 769 gegen 67 977 Stimmen und den Kredit für die Korrektion der Glatt mit 156 106 gegen 62 418 Stimmen. — Unerwartet deutlich lehnten die Stadtzürcher mit 52 167 Nein gegen 24 815 Ja den Bau eines provisorischen Parkhauses in Oerlikon ab. Hingegen genehmigten sie mit grosser Mehrheit einen Kredit von 45 Millionen Franken zur Sanierung der Kanäle in der Altstadt und an der Löwenstrasse.
3. Dieser Tage zeigt der Zivilschutz der Stadt Zürich im neuen Parkhaus Urania eine eindrückliche Ausstellung über den Zivilschutz allgemein und über jenen der Stadt Zürich speziell. Im Ernstfall könnten 10 000 Personen im Grossschutzraum des Parkhauses aufgenommen werden. — Die beiden Zürcher Primarlehrer Jürg Acklin und Christoph Kappeler sind an die «Freie Volksschule Zürich» in Trichtenhausen gewählt worden. Trotz der Proteste

der Eltern ist den beiden die Weiterführung einer Doppellehrstelle an der Primarschule Zürich-Witikon verweigert worden, da eine solche neue Unterrichtsmethode im Gesetz nicht vorgesehen ist.

5. Heute erhalten in Wald sieben Bergbauern rund 19 Tonnen Heu. Mitglieder der «Zürcher Landjugend» haben während Wochen im Unter- und Weinland sowie in den Bezirken Pfäffikon und Uster 3675 Ballen bzw. 80 Tonnen Heu gesammelt, das an diejenigen Bergbauern innerhalb und ausserhalb des Kantons verteilt wird, die wegen schlechter Erntebedingungen im letzten Herbst unter akutem Heumangel leiden.
Es sind auch Geldspenden eingegangen, darunter ein Beitrag von Fr.10 000.– des Personals der psychiatrischen Klinik Rheinau, das auf den Beitrag aus der Trinkgeld-Kasse an die diesjährige Personal-Reise verzichtet.
6. Die Polizei hat in der Stadt Zürich einen weiteren illegalen Spielklub ausgehoben, den dritten innert kurzer Zeit auf Kantonsgebiet. Hier wechselten Nacht für Nacht rund 50 000 Franken ihren Besitzer. Die Hälfte der 17 festgenommenen Personen betreibt das Glücksspiel berufsmässig.
10. Mit überzeugender Mehrheit von 104 gegen 17 Stimmen genehmigt der Kantonsrat einen Kredit von 15,3 Millionen Franken für den Bau eines neuen Staatsarchives am Zeltweg. Die Notwendigkeit eines Neubaues war durchwegs unbestritten, einzig der Standort gab zu sprechen, wobei es den Gegnern um die Erhaltung des «Biedermeierquartiers» mit dem noch vorhandenen Wohnraum ging. Doch weder diese Argumente noch die Forderung, das Archiv könnte ebensogut am Stadtrand oder in Winterthur gebaut werden, konnten das überzeugende Projekt gefährden. Der Grossteil des Rates erkannte im «Biedermeier-Quartier» lediglich unwohnliche und zurzeit auch kaum richtig bewohnte Althäuser und zeigte sich überzeugt, dass das Staatsarchiv in einem verkehrsmässigen und kulturellen Zentrum zu stehen habe. Eine Stadt kann nicht in ein Museum verwandelt werden, wie dies einigen «progressiven Nostalgikern» (Prof. Jagmetti) vorschwebt, sondern sie lebt durch sinnvolle und massvolle Erneuerung.
12. Der Gemeinderat der Stadt Zürich unterstellt die ganze Stadt für zwei Jahre dem kantonalen Gesetz vom 30. Juni 1974 über die Erhaltung von Wohnungen für Familien. Der Abbruch, der Umbau oder die Zweckänderungen von Wohnungen mit $2\frac{1}{2}$ und mehr Zimmern bedarf demnach einer kommunalen Bewilligung. — Die freisinnig-demokratische Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich spricht sich gegen die ziffernmässige Begrenzung und Plafonierung der Arbeitsplätze in der Stadt Zürich aus. Sie ist der Meinung, dass sich deren Zahl einem freiheitlichen, organischen wirtschaftlichen Wachstum anzupassen hat — unter Berücksichtigung der Wohnqualität. Damit bezieht die Fraktion Position gegen sozialdemokratische Interpretationen des Planungsberichtes von Prof. Jürgensen.
15. Mehr als 1000 Personen aus der ganzen Schweiz demonstrieren in Zürich für straffreien Schwangerschaftsabbruch und gegen den Beschluss des Nationalrates, an der medizinischen Indikation festzuhalten. Im Zug befinden sich viele junge Frauen mit ihren Kindern.

17. Zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren haben nicht alle erfolgreichen Absolventen am Oberseminar (416) eine Stelle gefunden. Rund 20 neugebakte Lehrer sind vorläufig leer ausgegangen.
18. Justizdirektor Bachmann und der neue Direktor der Strafanstalt Regensdorf, Bernhard Conrad, sprechen sich an einer Pressekonferenz für eine Politik der kleinen Schritte in der Reform des Strafvollzuges in Regensdorf aus. Mit dem neuen Strafvollzugsgesetz tritt auch eine neue Verordnung für die Strafanstalt auf den 1. April in Kraft. Für jeden Eintretenden wird künftig ein Vollzugsplan aufgestellt. Sodann wird das Disziplinarklassensystem aufgehoben. Weitere Neuerungen sind: Aushändigung von Bargeld; die Zahl der Briefe ist nicht mehr beschränkt; grosszügigere Besuchs- und Urlaubspraxis; Ausbau des Sozialdienstes (Zweigstellen in den Bezirken); neues Führungskonzept der Anstalt (Mitspracherecht eines Führungsstabes von sechs Abteilungsleitern).
20. Seit längerer Zeit sind Ausgrabungsarbeiten im Gebiet des Truppenübungsplatzes Kloten-Bülach im Gange: bis heute lässt die Ausgrabung Aalbühl deutlich die Formen eines römischen Gutshofes erkennen.
22. Das Schweizer Heimatwerk und die Präsidialabteilung des Stadtpräsidenten organisieren auf dem Hechtplatz in Zürich einen grossen «Ostereier-Märt», der sich zu einem kleinen Volksfest entwickelt. Für die Radio-Aktion «Denk an mich — Ferien für behinderte Kinder» wurden unter anderem von Prominenten gefertigte Ostereier vor offenem Publikum versteigert. Beispielsweise ging ein Ei von Stände- und Kantonsrat Fritz Honegger um 100 Franken weg, andere erzielten noch höhere Preise.
24. Mit 119 gegen 1 Stimme genehmigt der Kantonsrat eine Vorlage über den Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Die Einkommensgrenze für das Obligatorium wird von 18 000 auf 36 000 Franken hinaufgesetzt. Nach den Worten von Volkswirtschaftsdirektor Künzi handelt es sich dabei um die «letzte Feuerwehrübung» vor der Neuregelung auf Bundesebene (Feuerwehrübung wegen der innert kurzen Zeit gewandelten Wirtschaftslage).
27. Der Stadtrat von Zürich hebt die am 15. Januar beschlossene Amtseinstellung von Triemli-Chefarzt Professor Hämerli auf den 1. April auf (vgl. Chronik unter dem 15./16. Januar). Der Rat setzt dabei als selbstverständlich voraus, dass die Praxis, die Gegenstand der laufenden Strafuntersuchung bildet, während der Dauer der Untersuchung nicht fortgesetzt wird.
- 30./31. Die Diebe machen selbst vor dem Zoo nicht Halt; in der Nacht von Ostersonntag auf Ostermontag sind aus den Volieren des Zürcher Zoos wertvolle Raubvögel entfernt worden: ein Steinadler- und ein Schneeeulen-Paar. Zoodiebstähle häufen sich in letzter Zeit merkwürdig: entwendet werden Tiere mit Seltenheitswert.

Trotz Zusage lieferte der bisherige Verfasser die im letzten Band ausgefallene Chronik 1973/74 nicht nach. Wir bitten um Entschuldigung.